

„Die Wirtschaft sollte nicht zu aggressiv in die Zukunft planen“

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Frau Kornelia Pfeiffer,
Leiterin Ressort Wirtschaft, Liechtensteiner Volksblatt

11. August 2011

Durchlaucht, welche Gefühle hat die Wirtschafts- und Finanzkrise bei Ihnen hinterlassen?

Die Krise hat deutlich gemacht, dass die Globalisierung die verschiedenen Teile der Welt eng miteinander vernetzt hat. Dies gilt besonders für einen international ausgerichteten Kleinstaat wie Liechtenstein, der Wirtschaftskrisen seiner Handelspartner sehr schnell und stark spürt und kaum Möglichkeiten hat, durch eigene Programme gegenzusteuern.

Ist die Krise überstanden?

Diese Frage stellen sich alle. Spezialisten wissen da sicher mehr. Eins aber glaube ich: Die Wirtschaft sollte nicht zu aggressiv in die Zukunft planen.

Über 60 Prozent der Warenexporte Liechtensteins gehen in die EU. Dort aber geht die Euro-Krise weiter. Wie nervös sollte die Wirtschaft sein?

Nervös zu sein, hilft niemandem. Vielmehr gilt es, mit Szenarien zu arbeiten, die mögliche Rückschläge berücksichtigen. Die Euro-Krise ist nur ein Beispiel, ein anderes wäre, wenn grosse Schwellenländer von einer Krise erfasst würden. Kleinere Unternehmen, die den europäischen Raum beliefern, sind natürlich exponierter als sehr international aufgestellte, die ihre Risiken über verschiedene Absatzmärkte entsprechend besser diversifizieren können.

Mit dem neuen Steuerrecht – ist die Ansiedlung weiterer, neuer Firmen aktuell oder Wunschenken?

Das Steuerrecht hat die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöht. Jedoch ist dies nicht das einzige Element, um Unternehmen anzuziehen. Der Standort muss auch über seine Vorzüge informieren, Büro- und Betriebsflächen sowie Arbeitskräfte zur Verfügung stellen.

Die Wirtschaft hat angezogen, das macht die Suche nach Fachkräften schwieriger. Wie weit muss sich Liechtenstein öffnen?

Unser Arbeitsmarkt ist recht ausgetrocknet. Vermutlich wäre das genau der Engpass für die Ansiedelung von Unternehmen. Allein um den Bedarf der schon ansässigen Unternehmen zu decken, brauchen wir eine dosierte Öffnung. Nicht nur die Exportindustrie braucht Fachkräfte, auch der Finanzplatz sucht Experten. Die Regierung hat erste Schritte unternommen. Für weitere Schritte wäre ein gutes Integrationskonzept wichtig. Liechtensteins Bürger sollten informiert sein, warum ausländische Arbeitskräfte das Land bereichern und nicht belasten. Hier wird zwar schon einiges unternommen, aber man kann nicht genug betonen, dass ohne ausländische Arbeitskräfte die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre nicht möglich gewesen wäre. Ausserdem können wir nur

mit einer gut funktionierenden Wirtschaft unsere Bildungs- und Sozialsysteme sowie unsere Infrastruktur finanzieren.

Was zudem wichtig ist: Die Wirtschaft muss einen Teil der Integrationsleistung selbst erbringen. Die Unternehmen sind im Regelfall der Hauptansprechpartner für Zuwanderer. Sie sollten im Anstellungsprozess gut darauf achten, dass sich ihre Arbeitskräfte und deren Familien gut integrieren können. Aber auch unser Bildungssystem kann dazu einen Beitrag leisten.

Wie stehen die Chancen, Fachleute im Land auszubilden?

Es bestehen sicher noch Möglichkeiten, den Anteil der inländischen Fachkräfte zu erhöhen. Aber das Land ist zu klein, als dass hier Spezialisten für alle zum Teil doch sehr spezialisierte Branchen ausgebildet werden können.

Wer wachsen will, muss innovativ sein und kräftig in Forschung und Entwicklung investieren. Wo könnte der Staat den Unternehmen unter die Arme greifen?

Bevor der Staat den Unternehmen unter die Arme greifen kann, muss er sich erst bei diesen und seinen Bürgern das nötige Geld holen. Meist muss man sich dabei aber die Frage stellen, ob er nicht besser das Geld dort belässt, damit die Forschung und Entwicklung direkt und nicht über staatliche Planwirtschaft gefördert wird.

Selbst kleinere Unternehmen, die sich mit eigener Forschung schwerer tun, kann der Staat meist besser unterstützen, indem er deren Kontakte zu Universitäten und Forschungsinstituten fördert bzw. das Anzapfen von Netzwerken erleichtert. Das gilt auch für die Erschließung neuer, internationaler Märkte. Hier können Liechtensteiner KMUs auch vom Know-how der Osec profitieren, dem offiziellen Exportförderer der Schweiz. Meines Wissens war die Regierung in dieser Richtung auch jüngst aktiv.

Von Reformen zu reden ist eine Sache, sie umzusetzen eine andere. Wie kommt Liechtenstein – drei Jahre nach der Krise – mit seinen Finanzplatz-Hausaufgaben voran?

In den letzten Monaten ist einiges weitergegangen. Zunächst war Liechtenstein vor allem damit befasst, Steuerinformationsabkommen abzuschliessen. Mittlerweile aber liegt eine Strategie des Bankenverbandes für den Finanzplatz vor. Die Treuhändervereinigung ist gerade dabei, ein Strategiepapier zu entwickeln. Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaftsverbänden hat sich intensiviert, auch wenn sie weiterhin verbesserungsfähig ist. Der Reformprozess kommt in Bewegung, jedoch wird es noch einige Zeit dauern, bis Erfolge zu sehen sind.

Wie weit durchleben wir gerade eine Umbruchzeit?

Krisenzeiten lösen stets Entwicklungen aus. Liechtenstein versucht sich fit zu machen für die Zukunft – wie viele andere Staaten auch. Weltweit werden Reformen eingeleitet, zum Beispiel bei der Regulierung der Finanzmärkte. Das alles wirkt sich auf die Unternehmen aus und zieht sich durch alle Bereiche der Gesellschaft durch.

Warum ist «Regulierung» heute ein Reizwort?

Weil vielfach falsch reguliert wurde, teilweise wurde in der Vergangenheit über- und teilweise unterreguliert. Grundsätzlich brauchen wir wenige Regeln, aber klarere und teilweise strengere. Oft wurden in der Vergangenheit Regeln jedoch unklug gestaltet und damit falsche Anreize gesetzt. So

wurde die Weltwirtschaftskrise durch Regeln mitverursacht, die nicht bis zu Ende durchdacht waren. Basel II zum Beispiel hatte den Banken zu wenig Eigenkapital vorgeschrieben. Das ändert sich hoffentlich mit Basel III.

Wo stehen noch Hausaufgaben an?

Die Sanierung der Staatshaushalte und Sozialsysteme ist ganz wichtig. Bildungssysteme könnte man besser gestalten und dadurch mit weniger Finanzmitteln viel mehr erreichen. Eine Reihe von Ländern sollte zudem ein einfacheres, übersichtliches und gerechtes Steuersystem einführen. Komplizierte Systeme sind ineffizient und verursachen hohe Kosten für Staat und Wirtschaft. Meist aber gelingen Reformen in parlamentarischen Demokratien nur dann, wenn der Leidensdruck gross genug ist. Ansonsten wird versucht, Reformen in homöopathischen Schritten durchzusetzen. Ein solcher Prozess dauert entsprechend lang. Häufig bleibt er dann aber auch stecken oder wird von neuen Entwicklungen überrollt.

Wüschten Sie Liechtenstein einen stärkeren Leidensdruck?

Ich wünsche mir Reformen – ohne Leidensdruck. In einem kleinen Land sind die Chancen besser, dass sich grössere Schritte auch ohne Leidensdruck setzen lassen. Voraussetzung ist, dass gut informiert und intensiv diskutiert wird. Ein Beispiel bei uns ist die Steuerreform, die einen ziemlichen Systemwandel brachte. Der Systemwandel ist zwar noch nicht überall ganz vollzogen, die noch fehlenden Reformschritte lassen sich aber später noch nachholen. Nun hoffe ich auf grundlegende Reformen im Bereich Sozialversicherungen und beim Schulsystem.

Braucht es ein neue Art Mensch?

Nein. Was Menschen brauchen, ist eine gute Ausbildung, damit sie auf zukünftige Herausforderungen gut vorbereitet sind. Ausserdem braucht es eine staatliche Regulierung, die auf den Menschen zugeschnitten ist, die ihm einerseits mehr Eigenverantwortung gibt und andererseits berücksichtigt, wie der Mensch funktioniert. Regulierung muss praxistauglich sein.

Wenn Sie den Finanzplatz heute mit dem von vor ein paar Jahren vergleichen – sehen Sie schon einen Mentalitätswandel?

Der grosse Teil der Finanzintermediäre sieht die Notwendigkeit der Transformation. Die Ansichten gehen aber auseinander, wie weit dieser Prozess gehen muss. Weltweit ist alles im Fluss und oft wird noch unterschätzt, wie schnell sich Fragestellungen entwickeln, die den Finanzplatz betreffen.

Fachleute gehen davon aus, dass der automatische Informationsaustausch in Steuersachen irgendwann Standard sein wird. Wie klingt das in Ihren Ohren?

Ich gehe nicht davon aus, dass der automatische Informationsaustausch in absehbarer Zeit weltweiter Standard wird. Einige grosse Staaten machen da nicht mit oder wenn, dann nur einseitig. Möglich ist aber, dass Europa noch ein, zwei Schritte in Richtung automatischer Informationsaustausch in Steuerfragen weitergeht. Wahrscheinlicher ist, dass der Informationsaustausch auf Anfrage so ausgeweitet wird, dass ihn bald nicht mehr allzu viel vom automatischen Informationsaustausch trennen wird.

Der Raum für Nischen schwindet?

Je mehr international einheitlich geregelt wird, desto weniger Raum für Nischen bleibt. Allerdings ist die Einigkeit unter den Grossstaaten nicht so ausgeprägt, als dass sich nicht doch weiterhin immer wieder Nischen ergeben werden. Wir werden uns aber auf Seiten des Finanzplatzes mehr anstrengen müssen als in der Vergangenheit, um Nischenplätze zu besetzen. Dass dies mit entsprechendem Einsatz möglich sein sollte, zeigen uns eigentlich unsere Industrieunternehmen.

Sie nennen das Abkommen mit Grossbritannien den «dritten Weg», das einzige Abkommen, das die Altlasten des Finanzplatzes löst...

... es gibt auch andere Möglichkeiten, um Lösungen für unversteuerte Vermögen zu finden. Etwa Lösungen, die stärker auf einer Abgeltungssteuer basieren, wie wir sie momentan mit Deutschland und Österreich suchen. Gespräche mit Frankreich zeigen aber, dass das Grundkonzept des Grossbritannien-Modells weiterhin interessant ist.

Mit 20 Ländern hat Liechtenstein Steuerinformationsabkommen abgeschlossen, mit vier Ländern Doppelbesteuerungsabkommen. Wie weit bereiten die Altlasten noch Probleme?

Nicht nur die Gespräche mit Grossbritannien, auch solche mit Deutschland, Österreich oder Frankreich zeigen, dass die anderen Staaten ebenso wie wir interessiert sind, das Problem auf eine für alle Beteiligten sinnvolle Weise zu lösen.

Die Schweiz verhandelt mit Deutschland über die Abgeltungssteuer. Wäre das eine Verschnaufpause für Liechtenstein?

Solange die Verhandlungen andauern, herrscht eine gewisse Verschnaufpause, allerdings nur betreffend Deutschland. Diese mag vielleicht für den einen oder anderen Finanzdienstleister nützlich sein, um sich noch besser auf die zu erwartenden Änderungen vorzubereiten. Ich höre aber auch oft, dass man zu lange Zeiten der Ungewissheit vermeiden sollte, sondern lieber bald einmal die Verhandlungsergebnisse kennen möchte und stattdessen ausreichend lange Übergangszeiten für die nötigen Umstellungen haben möchte.

Die LGT Gruppe jedoch will sich aus Deutschland, dem grössten europäischen Private-Banking-Markt, zurückziehen. Stört das die Beziehungen der Länder?

Die Umstände, die zu dieser Entscheidung führten, waren sicherlich eine Belastung für die Beziehungen. Den Rückzug der LGT Gruppe selbst sehe ich aber eher als Konsequenz dieser Umstände, denn als neue Störung der Beziehungen.

Deutschland und Liechtenstein scheinen sich über ein Doppelbesteuerungsabkommen einig. Was werden die praktischen Auswirkungen sein?

Einerseits wird das Problem einer doppelten Besteuerung – sowohl in Liechtenstein wie auch in Deutschland – vermieden oder zumindest reduziert. Andererseits dürfte es für den Abschluss von weiteren Doppelbesteuerungsabkommen hilfreich sein, wenn ein grosser Staat anerkennt, dass Liechtenstein aufgrund seiner breiten internationalen Wirtschaftsbeziehungen, vor allem auch seiner Industrieunternehmen, zu Recht auf den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen drängt.

Als EWR-Land sind wir nah bei der EU. Ende 2011 sollen die Grenzkontrollen wegfallen und Liechtenstein Schengen-Staat werden. Der Weg dahin war steinig. Warum war er so wichtig?

Europa und damit auch wir stehen vor allem auch aufgrund der Entwicklungen in Afrika und im Nahen Osten vor grossen Herausforderungen betreffend neuer Flüchtlingsströme. Diese Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden. Dies dürfte der grösste Vorteil des Schengen- bzw. vor allem des Dublin-Abkommens sein. Ansonsten gibt es verschiedene andere Vorteile wie die Teilnahme am Schengen-Information-System. Wir mussten in den letzten Jahren beispielsweise feststellen, dass die europäischen Staaten vermehrt über dieses System zu Fahndung ausschreiben und nur noch selten zusätzlich über Interpol. Diese Vernetzung erleichtert die Kriminalitätsbekämpfung.

Engmaschige Vernetzung – ist dies das Gebot der Stunde?

Als Kleinstaat war Liechtenstein immer schon eng vernetzt. Für eine erfolgreiche Entwicklung waren wir stets auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten – vor allen den Nachbarstaaten – und einen freien Zugang zu den ausländischen Märkten angewiesen. In einer Zeit, in der selbst grosse Staaten viele Fragestellungen nur noch durch internationale Kooperationen lösen, ist für uns eine gute Vernetzung fast noch bedeutender geworden.